



BENDURA BANK

Anlageausblick

April 2026

Ein erstes Quartal, das sich wie ein ganzes Jahr anfühlte

Eine aussergewöhnliche Häufung marktbewegender Ereignisse in den ersten drei Monaten des Jahres vermittelte Anlegern den Eindruck, das erste Quartal habe deutlich länger gedauert, als es tatsächlich der Fall war. Es fühlt sich bereits weit entfernt und beinahe vergessen an, dabei sorgte Präsident Donald Trump erst vor wenigen Monaten für erhebliche Verwirrung, als er öffentlich seine Bereitschaft signalisierte, Grönland kaufen zu wollen oder es gegebenenfalls auf anderem Wege zu erwerben. Kurz darauf richtete sich die weltweite Aufmerksamkeit auf Venezuela, wo der autoritäre Machthaber Nicolás Maduro Berichten zufolge direkt in seiner Wohnung verhaftet wurde – ein weiterer dramatischer politischer Wendepunkt. Schliesslich entwickelte sich das ursprünglich als kurzzeitige Militäraktion in Iran angekündigte Vorgehen zum bedeutendsten und weitreichendsten Ereignis des Quartals.

Ende Februar ordnete Präsident Trump eine neue Welle militärischer Angriffe der USA auf Iran an, mit dem Ziel, angereicherte Uranvorräte zu zerstören und das Land an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern. Nachdem es jedoch in den ersten Tagen nicht gelang, das angereicherte Uran ausfindig zu machen, weitete sich die Operation zu einem umfassenden militärischen Konflikt aus, der inzwischen seit über einem Monat andauert. Als defensive Reaktion schloss Iran die Strasse von Hormus – eine der wichtigsten Handelsrouten der Welt, über die rund 20 % der täglichen globalen Ölversorgung transportiert werden. Dieser Schritt führte unmittelbar zu erheblichen Verwerfungen an den Energiemärkten und zwang Investoren, ihre Erwartungen zur globalen Konjunktur grundlegend neu zu bewerten. Weltweit gerieten die Aktienmärkte massiv unter Druck; allein im März wurden rund 14 Billionen US-Dollar an Marktkapitalisierung vernichtet.

Kriege machen ein altbekanntes Problem besonders deutlich: In der Geopolitik dominiert Unsicherheit. Die Lage wird durch einen unberechenbaren US-Präsidenten und ein iranisches Regime geprägt, das zu

keinerlei Zugeständnissen bereit ist, während Iran zugleich Widerstandsfähigkeit und eine klare Fähigkeit zur Gegenwehr gezeigt hat. Ähnlich wie im Russland-Ukraine-Krieg stehen vergleichsweise kostengünstige Verteidigungsstrategien einer teuren, überwältigenden militärischen Macht gegenüber – ein Beweis dafür, dass auch die vermeintlich schwächere Seite erheblichen Schaden verursachen kann. Der Abschuss zweier US-Kampfflugzeuge durch Iran unterstreicht, dass der Ausgang des Konflikts keineswegs allein in Trumps Hand liegt, da Teheran in der Lage ist, die Kosten für die USA und Israel spürbar zu erhöhen.

Bislang bleibt daher unklar, wie und wann der Konflikt tatsächlich enden wird. Die Märkte orientieren sich folglich nicht mehr an klaren Prognosen, sondern bewegen sich entlang mehrerer potenzieller Zukunftsszenarien. Der aktuell anhaltende Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien nährt jedoch die Hoffnung, dass die schlimmsten Szenarien letztlich nicht eintreten werden.

Anlagepolitik

	Sehr unattraktiv	Unattraktiv	Neutral	Attraktive	Sehr attraktiv
Liquidität	●	●	●	●	●
Festverzinsliche	●	●	●	●	●
Staat	●	●	●	●	●
Unternehmen	●	●	●	●	●
Hochverzinsliche	●	●	●	●	●
Schwellenländer	●	●	●	●	●
Duration	●	●	●	●	●
Aktien	●	●	●	●	●
Vereinigte Staaten	●	●	●	●	●
Eurozone*	●	●	●	●	●
Japan	●	●	●	●	●
Schwellenländer	●	●	●	●	●
Rates					
USD	●	●	●	●	●
EUR	●	●	●	●	●
CHF	●	●	●	●	●
Schwellenländer Währungen	●	●	●	●	●

*inkl. UK und CH

Die Begriffe attraktiv / unattraktiv beschreiben das Renditepotenzial der verschiedenen Anlageklassen. Eine Anlageklasse gilt als attraktiv, wenn ihre erwartete Rendite über der lokalen Cash-Rate liegt. Sie gilt als unattraktiv, wenn die erwartete Rendite negativ ist. Sehr attraktiv / sehr unattraktiv bezeichnen die Einschätzungen des BENDURA Anlagekomitees mit der höchsten Überzeugung. Der Zeithorizont für diese Einschätzungen beträgt 3-6 Monate.

Weltwirtschaft

USA

Der stärkste einzelne Datenpunkt kam vom Arbeitsmarkt. US-Arbeitgeber schufen im März rund 178.000 neue Stellen und übertrafen damit die Erwartungen deutlich. Zugleich stellte dies eine spürbare Erholung nach den Stellenverlusten im Februar dar. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 4,3 % und signalisiert trotz der im vergangenen Jahr nachlassenden Dynamik weiterhin eine robuste Verfassung des Arbeitsmarktes. Das Beschäftigungswachstum konzentrierte sich auf das Gesundheitswesen, das Baugewerbe sowie den Transportsektor, während die Beschäftigung im öffentlichen Dienst auf Bundesebene weiter zurückging.

Die Inflation blieb oberhalb des Zielwerts der US-Notenbank von 2 %, wobei die Währungshüter zunehmend besorgt auf steigende Energiekosten blicken. Der Konflikt mit iranischer Beteiligung führte zu höheren Ölpreisen, die insbesondere über steigende Benzinpreise in die kurzfristigen Inflationserwartungen einfließen. Die Umfrage der New York Fed zu den Inflationserwartungen der Verbraucher zeigte im März einen deutlichen Anstieg der Ein-Jahres-Inflationserwartungen. Eine gängige Faustregel besagt, dass ein anhaltender Anstieg des Ölpreises um 10 US-Dollar langfristig etwa 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte zur Gesamtinflation beiträgt. Sollte der Ölpreis bei rund 100 US-Dollar pro Barrel verharren, könnte die durchschnittliche Inflationsrate in den OECD-Ländern entsprechend über 4 % steigen; bei einem Preisniveau von 140 US-Dollar wären sogar Inflationsraten von 5 bis 6 % nicht auszuschließen.

Besonders problematisch ist, dass die Zentralbanken heute möglicherweise weniger Handlungsspielraum haben, um auf einen erneuten Inflationsschock zu reagieren, als dies noch im Jahr 2022 der Fall war.

Insbesondere in den Vereinigten Staaten könnten sich die geldpolitischen Entscheidungsträger beim Anheben der Leitzinsen eingeschränkt fühlen. Sollten historische Muster bestehen bleiben, könnte die globale monatliche Inflationsrate bis Juli auf über 0,6 % steigen – was annualisiert mehr als 7 % entspräche.

Auf ihrer Sitzung vom 17. und 18. März belass die US-Notenbank die Leitzinsen unverändert in einer Spanne von 3,5 % bis 3,75 % und verwies dabei auf anhaltende Inflationsrisiken sowie geopolitische Unsicherheiten. Die aktualisierten Projektionen der Fed deuten auf ein etwas stärkeres Wirtschaftswachstum im Jahr 2026 (rund 2,4 %) hin, zugleich jedoch auch auf höhere Inflationserwartungen. Dies unterstreicht das Szenario eines länger anhaltend höheren Zinsniveaus („higher for longer“).

Europa

Der Euroraum ging mit einem moderaten, aber positiven Wachstum in das Jahr 2026, getragen von Dienstleistungssektor, Binnennachfrage und staatlichen Ausgaben. Allerdings trübten sich die kurzfristigen Indikatoren im März ein, da höhere Energiekosten und zunehmende Unsicherheit den Konsum sowie die Investitionstätigkeit belasteten. Die Europäische Zentralbank senkte ihre Wachstumsprognose für 2026 auf rund 0,9 % und verwies dabei auf die dämpfenden Effekte der Energieinflation sowie das nachlassende Konsumentenvertrauen. Die starke Abhängigkeit Europas von importierter Energie macht die Region besonders verwundbar, liess die Inflation erneut über das Zielniveau steigen und vernebelte den Wachstumsausblick.

Die Inflation im Euroraum stieg im März kräftig auf 2,5 %, nach 1,9 % im Februar, und lag damit deutlich über dem Zielwert der EZB von 2 %. Der Anstieg wurde nahezu vollständig durch höhere Energiepreise verursacht, wobei die Energieinflation auf knapp 5 % gegenüber dem Vorjahr anzog. In den grossen

Volkswirtschaften beschleunigte sich die Inflation deutlich – insbesondere in Deutschland (2,8 %) und Spanien (3,3 %), während sie in Frankreich (1,9 %) und Italien (1,5 %) vergleichsweise gedämpft blieb.

Unter den grössten Volkswirtschaften setzte Spanien seine überdurchschnittliche Entwicklung fort, gestützt durch einen kräftigen Konsum und eine rege Investitionstätigkeit. Deutschland und Italien zeigten nach dem schwachen Jahr 2025 erste vorsichtige Erholungstendenzen. In Frankreich verlangsamte sich das Wachstum, insbesondere im Industriesektor, während die Binnennachfrage weiterhin stabilisierend wirkte.

Der Ausblick für die Europäische Union im weiteren Verlauf des Jahres 2026 deutet auf ein anhaltendes, jedoch schwaches Wachstum in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit hin. Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass der Euroraum eine Rezession vermeiden wird, das Expansionstempo jedoch unter dem langfristigen Trend bleibt. Das erwartete BIP-Wachstum liegt bei rund 0,8 bis 1 %, begrenzt durch hohe Energiekosten, fragile Vertrauensindikatoren und externe Risiken. Die Inflation, die sich zuletzt dem Ziel angenähert hatte, dürfte aufgrund der Energiepreise auf unangenehm hohem Niveau verharren und damit sowohl die Kaufkraft der privaten Haushalte als auch die politische Stimmung weiter belasten.

Asien

Die chinesische Wirtschaft zeigte im März Anzeichen einer Stabilisierung, gestützt durch eine Belebung der industriellen Aktivität, während der Inflationsdruck leicht zunahm. Der offizielle Einkaufsmanagerindex (PMI) für das verarbeitende Gewerbe stieg auf 50,4 und kehrte damit erstmals seit zwei Monaten wieder in den Expansionsbereich zurück. Unterstützt wurde der Anstieg durch höhere Produktionszahlen und einen

Zuwachs bei den Neuaufträgen. Auch der PMI für den Nicht-Industriesektor überschritt erneut die Marke von 50 und deutet auf eine moderate Verbesserung der Dienstleistungsaktivität hin.

Die Industrieproduktion sowie die exportorientierte Fertigung profitierten von einer robusten Auslandsnachfrage, während die Binnennachfrage weiterhin uneinheitlich blieb, was die anhaltende Schwäche des Immobiliensektors widerspiegelt. Die Verbraucherpreise beschleunigten sich im bisherigen Jahresverlauf; im Februar lag die Inflationsrate gemessen am Verbraucherpreisindex bei 1,3 % gegenüber dem Vorjahr, zum Teil bedingt durch saisonale Feiertagseffekte. Gleichzeitig liess die Deflation auf Erzeugerebene nach, da steigende Inputkosten infolge höherer globaler Energiepreise den Preisdruck erhöhten.

Chinas politische Entscheidungsträger sehen den Konflikt zudem als Bestätigung von Xi Jinpings langfristiger Strategie zur Stärkung der Eigenständigkeit in Schlüsseltechnologien und bei kritischen Rohstoffen. Ziel dieser Strategie ist es, China gegenüber Lieferengpässen und externen Druckmitteln widerstandsfähiger zu machen. In diesem Zusammenhang hat Peking eine strategische Ölreserve von rund 1,3 Milliarden Barrel aufgebaut, die ausreicht, um den inländischen Bedarf für mehrere Monate zu decken. Über rein defensive Massnahmen hinaus könnte der Krieg jedoch auch wirtschaftliche Chancen eröffnen: Der Wiederaufbau im Iran und in den Golfstaaten dürfte umfangreiche Infrastruktur- und Bauaufträge nach sich ziehen, während Staaten, die sich vor künftigen Störungen in der Strasse von Hormus schützen wollen, verstärkt auf chinesische grüne Technologien setzen könnten, um ihre Abhängigkeit von Energieembargos zu reduzieren.

Aktien

US-Aktien beendeten den Monat mit vergleichsweise moderaten Verlusten von rund 5%, während klassische sichere Häfen wie US-Staatsanleihen und Gold nur begrenzt Schutz boten. Deutlich schwächer entwickelten sich hingegen die europäischen und asiatischen Aktienmärkte, was ihre grössere Verwundbarkeit als bedeutende Ölimporteure widerspiegelt, den höhere Energiepreise auf eine ohnehin fragile konjunkturelle Erholung ausüben. US-Aktien erwiesen sich vor allem aufgrund der energiepolitischen Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten und fortbestehender Hoffnungen auf eine politische Deeskalation als widerstandsfähiger – auch wenn sich diese Erwartungen nur teilweise erfüllten.

Innerhalb der USA verzeichneten die Aktienmärkte über alle grossen Indizes hinweg Verluste. Der S&P 500 gab um 5,09% nach, der Dow Jones Industrial Average verlor 5,38% und der Nasdaq sank um 4,75%. Abgesehen vom Energiesektor boten sich den Anlegern kaum Rückzugsmöglichkeiten. Der S&P 500 verzeichnete damit den dritten monatlichen Rückgang innerhalb der vergangenen vier Monate, während der Nasdaq seine schwächste Monatsperformance seit März 2025 verbuchte. Die Verluste waren breit angelegt: Der gleichgewichtete S&P-500-ETF fiel um 6,2% und entwickelte sich damit erstmals seit fünf Wochen schlechter als der nach Marktkapitalisierung gewichtete Index. Dies unterstreicht, dass sich die Marktschwäche nicht auf die grössten Titel beschränkte.

Insgesamt gaben zehn der elf Sektoren des S&P 500 im Monatsverlauf nach, mit durchschnittlichen Verlusten von rund 6,2%. Seit Jahresbeginn betrachtet trat der technologielastige Nasdaq am 26. März formell in das Korrekturterritorium ein, nachdem er mehr als 10% unter sein jüngstes Hoch gefallen war.

Einen Tag später folgte der Dow Jones Industrial Average, was die breite Verschlechterung über alle massgeblichen US-Aktienindizes hinweg verdeutlichte.

Die europäischen Aktienmärkte erlebten im März eine deutliche Kehrtwende, beendeten eine achtmonatige Gewinnserie und verzeichneten spürbare Verluste auf breiter Front. Der deutsche DAX fiel um mehr als 10 %, der französische CAC 40 verlor rund 9 %, während sich der britische FTSE 100 mit einem Minus von etwa 6 % vergleichsweise besser hielt – begünstigt durch seine höhere Gewichtung von Energiewerten. Der Stoxx Europe 600 verzeichnete den stärksten monatlichen Rückgang seit 2022 und zugleich den zweithöchsten Einbruch seit dem Covid-Schock im März 2020. Die Märkte waren von einer ausgeprägten sektoralen Spreizung geprägt, da zunehmende geopolitische Spannungen eine energiegetriebene Rotation sowie erhöhte Volatilität auslösten. Öl- und Gaswerte stachen als klarer Gewinner hervor und waren der einzige Sektor mit positiver Monatsperformance, gestützt durch stark steigende Rohstoffpreise. Besonders hervorzuheben ist Equinor, das im März mit einem Kursanstieg von 49,3 % die beste Einzelleistung im europäischen Markt erzielte.

Auch die asiatischen Aktienmärkte gaben im März deutlich nach und blieben hinter anderen Regionen zurück. Bis Monatsende hatte der MSCI Asia Pacific ex Japan Index 13,6 % gegenüber dem Vormonat verloren, wobei – mit Ausnahme von Singapur, Malaysia und den wichtigsten Indizes aus dem Grossraum China – alle bedeutenden nationalen Märkte zweistellige Verluste verzeichneten. Steigende Energiekosten erhöhten den Druck zusätzlich: Die Preise für Erdgas und nachgelagerte Ölprodukte zogen kräftig an, während sich in Japan und Südkorea erste Engpässe bei der Ölversorgung abzeichneten. Indien galt als eine der am stärksten exponierten Volkswirtschaften, bedingt durch seine hohe Abhängigkeit von Ölimporten und begrenzte Reserven; die wichtigsten Aktienindizes verloren dort im Monatsverlauf rund 15 %. Zusätzliche Belastungsfaktoren kamen aus dem Technologiesektor, darunter die Einführung von Googles TurboQuant-Kompressionsalgorithmus, der insbesondere südkoreanische Halbleiterwerte stark

unter Druck setzte, sowie Pekings Entscheidung, Banken und staatlichen Stellen die Nutzung der OpenClaw-Technologie zu untersagen.

Nach der jüngsten Marktkorrektur erscheinen globale Aktienbewertungen deutlich angemessener als noch vor wenigen Monaten, auch wenn US-Aktien weiterhin als teuer hervorstechen. Innerhalb nur eines Monats wurden weltweit rund 14 Billionen US-Dollar an Marktkapitalisierung vernichtet. Dennoch liegt der gesamte globale Börsenwert mit etwa 143,5 Billionen US-Dollar nun auf einem solideren Fundament im Verhältnis zu einer Weltwirtschaft, die Ende 2024 ein Volumen von rund 111 Billionen US-Dollar erreichte. Allein auf die USA entfielen dabei rund 5,7 Billionen US-Dollar des Rückgangs; dennoch beläuft sich die US-Marktkapitalisierung weiterhin auf etwa 66,3 Billionen US-Dollar. Damit ist sie nach wie vor mehr als doppelt so gross wie die amerikanische Wirtschaftsleistung und deutlich höher als in anderen entwickelten Märkten. Zwar rechtfertigt die dominierende Stellung der Vereinigten Staaten in der globalen Wirtschaft grundsätzlich eine gewisse Bewertungsprämie, doch lassen die aktuellen Niveaus kaum Zweifel daran, dass US-Aktien weiterhin eher angespannt bewertet sind als wirklich attraktiv.

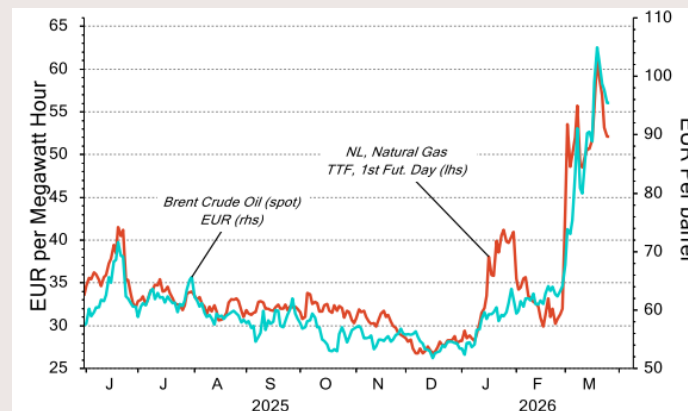


Chart 1: European natural gas and oil prices have surged due to escalating Middle East conflict. Source: LSEG Datastream / ECR Research, www.ecrresearch.com

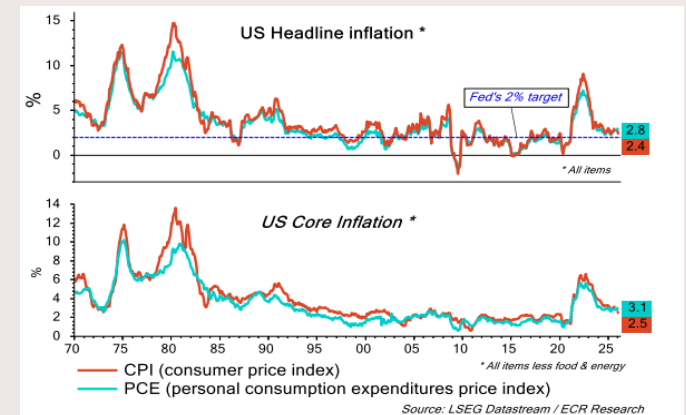


Chart 2: S&P 500 Index. Source: LSEG Datastream / ECR Research, www.ecrresearch.com

Anleihen

Die Renditen von US-Staatsanleihen stiegen im Monatsverlauf deutlich an, begleitet von einer ausgeprägten Abflachung der Zinskurve. Die Rendite zehnjähriger Treasuries erreichte zeitweise den höchsten Stand seit dem Sommer 2025, während kurzlaufende Zinsen noch stärker zulegten. Die Rendite zweijähriger Staatsanleihen sprang in Richtung 4 %, bevor sie zum Monatsende leicht zurückkam. Zu Beginn des Krieges preisten die Märkte noch mindestens eine, wenn nicht sogar zwei Zinssenkungen der US-Notenbank bis zum Jahresende ein. Diese Erwartungen haben sich inzwischen vollständig aufgelöst. Stattdessen messen die Marktteilnehmer einer Zinserhöhung um 25 Basispunkte im laufenden Jahr mittlerweile eine Wahrscheinlichkeit von rund 20 % bei, was den kräftigen Anstieg der kurzfristigen Renditen weitgehend erklärt.

Diese Neubewertung erfolgte trotz der klassischen geldpolitischen Lehre, wonach Notenbanken angebotsseitige, energiegetriebene Schocks grundsätzlich „durchschauen“ sollten. Zentralbanken können kein Öl fördern, und steigende Energiepreise wirken in der Regel von selbst wachstumsdämpfend. Eine geldpolitische Straffung in einem solchen Umfeld birgt daher das Risiko, den Abschwung zu verschärfen. Allerdings gibt es eine wichtige Einschränkung: Energiepreise sind für Haushalte und Unternehmen sehr sichtbar, und anhaltende Preissteigerungen können breitere Inflationserwartungen anheizen. Das etablierte geldpolitische Drehbuch sieht daher vor, dass Notenbanker in ihrer Kommunikation entschlossen auftreten und ihre Bereitschaft betonen, notfalls auch die Zinsen anzuheben. Genau diesen Ansatz haben die Entscheidungsträger in den entwickelten Volkswirtschaften verfolgt – und sollte sich die

Inflationserwartungen tatsächlich entankern, verfügt die Federal Reserve weiterhin über die Fähigkeit, rasch zu reagieren.

In jüngerer Zeit haben sich die globalen Anleiherenditen wieder etwas von ihren Höchstständen entfernt. Optimisten könnten darin ein Signal für eine baldige Deeskalation des Konflikts im Nahen Osten sehen, doch die Anleihemärkte preisen häufig vor allem Abwärtsrisiken ein. Im Fall des Iran-Krieges liegt die zentrale Sorge in einer Stagflation – einer toxischen Kombination aus schwachem Wachstum und erhöhter Inflation. Die Renditen zeigten sich volatil, da diese beiden Kräfte die Finanzierungskosten in entgegengesetzte Richtungen treiben. In der Breite waren die stärksten Anstiege der staatlichen Kreditkosten in jenen Ländern zu beobachten, die besonders stark den inflationsfördernden Effekten der Störung der Strasse von Hormus ausgesetzt sind.

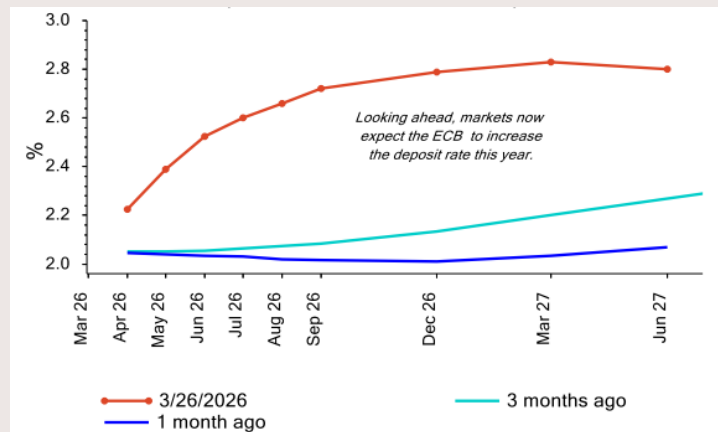


Chart 3: Market implied ECB interest rate expectations (3-month Euribor futures). Source: LSEG Datastream / ECR Research, www.ecrresearch.com

Rohstoffe und Währungen

Die Ölpreise legten nach Ausbruch des Krieges mit Iran deutlich zu. Der Brent-Ölpreis stieg im März 2026 klar über die Marke von 100 US-Dollar je Barrel und bewegte sich anschliessend zeitweise in einer Spanne von 110 bis 115 US-Dollar, was die Schwere des Angebotsschocks unterstreicht. Bis Ende März wurde die unmittelbare Wirkung teilweise durch Lagerabbauten, Freigaben aus strategischen Reserven sowie bereits auf Tankern befindliche, noch nicht ausgelieferte Ölmengen abgedeckt. Diese Puffer erwiesen sich jedoch als nur vorübergehend. Zu Beginn des Aprils führte ein zweiwöchiger Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien zu einem spürbaren Rückgang der Ölpreise und verschaffte den Märkten kurzfristig etwas Entlastung. Sollte es jedoch nicht zu einer dauerhaften Lösung kommen, wird sich der globale Ölverbrauch an ein strukturell geringeres Angebot anpassen müssen. Anhaltend hohe Preise bergen letztlich das Risiko einer Nachfragedestruktion – zunächst in ärmeren Regionen und, bei einer Wiederaufnahme oder längeren Dauer des Konflikts, zunehmend auch in den Industrieländern, in denen der Grossteil des Öls verbraucht wird.

Gold erwies sich während der Marktturbulenzen im März als kein wirksamer Absicherungsmechanismus und verzeichnete trotz erhöhter geopolitischer Risiken eine der schwächsten Monatsentwicklungen seit Jahrzehnten. Nachdem der Goldpreis den Monat auf erhöhtem Niveau oberhalb von 5.300 US-Dollar je Feinunze begonnen hatte, zog er zunächst kurzzeitig bis auf ein Monatshoch von rund 5.405 US-Dollar an, bevor der Verkaufsdruck deutlich zunahm. Im weiteren Monatsverlauf überwogen steigende Renditen von US-Staatsanleihen, ein stärkerer US-Dollar sowie eine scharfe Neubewertung der Zinserwartungen an die Federal Reserve, die klassische Safe-Haven-Nachfrage. In der Folge fiel der Goldpreis auf ein Monatstief

nahe 4.100 US-Dollar je Feinunze und schloss den März mit einem Minus von rund 10 bis 13 %. Damit verzeichnete Gold den stärksten monatlichen Rückgang seit der globalen Finanzkrise.

Der Konflikt im Nahen Osten hat zudem eine neue Verwundbarkeit in der globalen Halbleiter-Lieferkette offengelegt, indem er die Versorgung mit Helium beeinträchtigt hat. Angriffe auf die Energieinfrastruktur in Katar führten zu einem Stopp der Erdgasförderung und unterbrachen damit schätzungsweise 30 bis 40 % der weltweiten Heliumproduktion, da Helium als Nebenprodukt bei der Gasförderung gewonnen wird. In der Folge sahen sich grosse Anbieter, darunter Air Liquide, gezwungen, für bestimmte Kunden höhere Gewalt (Force Majeure) geltend zu machen. Die Situation ist besonders sensibel, da Helium nur schwer zu lagern und zu transportieren ist und extreme Kühlung sowie spezialisierte Behälter erfordert, was eine strikte Priorisierung der Lieferungen notwendig macht. Obwohl Helium nur einen geringen Anteil an den Gesamtkosten der Halbleiterproduktion ausmacht, ist es für fortschrittliche Fertigungsprozesse wie die EUV-Lithografie unverzichtbar. Wie bei früheren Engpässen ist zu erwarten, dass Chipproduzenten und medizinische Einrichtungen bevorzugt versorgt werden.

Der US-Dollar legte gegenüber sowohl dem Euro als auch dem Schweizer Franken spürbar zu, da der Krieg mit Iran die Devisenmärkte neu ausrichtete. Anstelle einer klassischen Flucht in traditionelle sichere Häfen wie den CHF floss ein Grossteil der risikoaversen Mittel in den US-Dollar. Dies reflektiert die energiepolitische Unabhängigkeit der USA, steigende Renditen von US-Staatsanleihen sowie die Rolle des Dollars als weltweit wichtigste Abrechnungs- und Finanzierungswährung. Der Euro geriet unter Druck, da Europas hohe Anfälligkeit für steigende Energiepreise die Sorgen um Wachstum und Inflation verstärkte und der EZB nur begrenzten geldpolitischen Spielraum liess. Der Schweizer Franken zeigte sich ebenfalls weniger defensiv als üblich, da die Abhängigkeit der Schweiz von importierter Energie sowie die globale Neubewertung der Zinserwartungen seine Attraktivität gegenüber dem US-Dollar schmälerten. Weitere

Dollarstärke erwarten wir nur für den Fall, dass sich der Konflikt weiter in die Länge zieht. Sollte es hingegen zu einer Lösung kommen, könnte sich das Währungspaar EUR/USD in Richtung von mindestens 1,20 bewegen.

Haftungsausschluss

Diese Informationen und Meinungen wurden auf der Grundlage von vertrauenswürdigen und zuverlässigen Informationsquellen bereitgestellt. Die veröffentlichten Informationen wurden mit grösstmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der in dieser Publikation enthaltenen Informationen. Ihr Inhalt kann sich jederzeit ändern. Die in diesem Dokument geäusserten Meinungen geben die Auffassung der BENDURA BANK AG zu dem in diesem Dokument angegebenen Datum wieder. Es besteht die Möglichkeit, dass der Inhalt früherer und/oder zukünftiger Veröffentlichungen nicht mit dem Inhalt dieses Dokuments übereinstimmt/übereinstimmen wird. Eine Verpflichtung, die Empfänger hierüber zu informieren, besteht nicht.

Die Informationen in dieser Dokumentation stellen weder ein Angebot zum Kauf, Halten oder Verkauf der genannten Finanzprodukte noch eine Rechts-, Finanz-, Buchhaltungs- oder Steuerberatung dar. Die vorgestellten Finanzprodukte können für einen bestimmten Anleger je nach Anlageziel, Zeitrahmen, Risikobereitschaft, persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen ungeeignet sein. Der Inhalt dieser Dokumentation ersetzt nicht die persönliche Beratung durch einen qualifizierten Fachmann.

Die oben erwähnten Finanzinstrumente sind möglicherweise nicht in jedem Land zugelassen. Der Inhalt dieser Dokumentation ist nicht für Personen bestimmt, die einer Rechtsordnung unterstehen, die die Nutzung und/oder Verbreitung dieser Informationen und/oder die Nutzung und den Zugang zu ihnen verbietet oder von einer Lizenz abhängig macht.

Die Autoren dieser Publikation können direkt oder indirekt an den in dieser Publikation aufgeführten Aktien investiert sein. Die BENDURA BANK AG lehnt jede Haftung für mögliche Verluste ab, die sich aus der Verwendung der oben genannten Informationen ergeben. Dem Anleger kann nicht garantiert werden, dass er den investierten Betrag zurückerhält. Jede in dieser Dokumentation enthaltene Anlage ist mit Risiken verbunden (z.B. Zins- oder Währungsrisiko, Kreditrisiken sowie politische und wirtschaftliche Risiken).



BENDURA BANK